

Antrag 02-03**Antragsteller:** LAG Forum demokratischer Sozialismus (fds)**Antragsthema:** Kommunalpolitische Eckpunkte der LINKEN Hessen**Antrag:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Kommunen stärken - Demokratie und soziale Gerechtigkeit entfalten!

Die LINKE kämpft für eine Gesellschaft, frei von Ausbeutung des Menschen und der Zerstörung der Natur. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen in dieser Gesellschaft in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können.

Wie die weltweiten Initiativen gegen die Klimaveränderung, des Internationalen Sozialforums oder die Agenda 21-Aktivitäten lehren, muss den globalen gesellschaftlichen Problemen auch und vor allem lokal auf kommunaler Ebene begegnet werden. Wer in den Gemeinden, Städten und Kreisen für mehr Demokratie und den sozial-ökologischen Wandel streitet ist damit Teil einer internationalen demokratischen Bewegung.

In Hessen besteht zunehmend die Gefahr, dass die Entwicklungsmöglichkeiten der ländlichen Regionen und der Menschen, die dort leben zugunsten der städtischen Metropole eingeschränkt werden. Eine zukunftsweisende Kommunalpolitik muss gleiche Lebenschancen in Stadt und Land möglich machen und die Nachteile ländlicher Regionen gerecht ausgleichen.

Bürgerinnen und Bürger können von ihren kommunalen Vertretern erwarten, dass sie für gute und lebenswerte Verhältnisse in ihren Städten und Gemeinden sorgen. Das reicht von den Kindergärten bis zu den Friedhöfen, das betrifft die Wohnung, Wasser- und Energieversorgung, Sport- und Freizeitstätten für die Jugend und genauso Kultur- und Bildungsangebote. Die kommunalen Dienstleistungen sollen effizient und bürgerfreundlich sein

Die gravierende Finanzsituation der Kommunen gefährdet die soziale Teilhabe vieler Bürgerinnen und Bürger am Gemeinwesen. Wenn angesichts fehlender Mittel beispielsweise in Kindertagesstätten die Gebühren erhöht oder Jugendeinrichtungen geschlossen werden, geht das vor allem zu Lasten der Zukunftsperspektiven von sozial Schwächeren, diese auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind.

Kommunen und Städte brauchen eine ausreichende Finanzausstattung für ihre Bürgerinnen und Bürger Die miserable Finanzlage vieler Städte, Gemeinden und Landkreise ist inzwischen erschreckend.

Nach jahrelangem Spardiktat und Privatisierungen leiden die Kommunen unter einer Finanznot, die durch das Abwälzen weiterer Lasten der Wirtschaftskrise ein für die Kommunen existenzbedrohliches Ausmaß annimmt. Um 380 Millionen Euro will die hessische Landesregierung allein den kommunalen Ausgleich für die Kommunen kürzen. Die meisten Bürgermeister und Landräte sehen das Problem, belassen es aber bei verbalen Protesten.

Ein Großteil wird Leistungen für seine Bürger kürzen, Einrichtungen gar schließen und gleichzeitig die Steuern und Abgaben erhöhen weil die Regierungspräsidien dies den Kreisen Städten diktieren und die Landräte ebenso den kleinen Städten und Gemeinden. Absurderweise wird das ?Haushaltskonsolidierung? genannt.

1 Die hessische Landesregierung möchte mit der Kommunalwahl in einer Volks-
2 abstimmung am 27. März 2011 die Schuldenbremse in den Verfassungsrang er-
3 heben. Für dieses volkswirtschaftlich absurde Vorhaben hofft sie auch noch, die
4 höchsten Weihen der hessischen Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

5 Statt einer schädlichen Schuldenbremse müssen planungssichere Einnahmen für die
6 Kommunen sowie ein Steuerrecht, das die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt ge-
7 schaffen werden. Die Hessinnen und Hessen brauchen Vereins-, Sozial- und Kultur-
8 einrichtungen, Investitionen in Bildung, Kultur, öffentlichen Nahverkehr und klima-
9 schonende Energien statt immer weitere Steuergeschenke für Banken, Manager und
10 Einkommensmillionäre. Notwendig ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu
11 einer Kommunalwirtschaftssteuer. Unmittelbar müssen benachteiligte überschuldete
12 Kommunen durch den Bund und die Landesregierung entschuldet werden.

13 Aber viele Kommunalpolitiker aus CDU und SPD unterwerfen sich den so genannten
14 Spar- und Sachzwängen. Auf diesem Wege wird der trostlose Versuch, die
15 kommunalen Finanzen in Ordnung zu bringen zum reinen Selbstzweck, bei dem die
16 sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger vollständig auf der
17 Strecke bleiben.

19 **Gemeinschaftsaufgaben öffentlich organisiert und demokratisch kontrolliert**

20 Nach dem Grundgesetz haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der
21 örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.
22 Dieses demokratische Recht existiert aufgrund der finanziellen Not und der daraus
23 resultierenden Bevormundung übergeordneter staatlicher Stellen heute faktisch nicht
24 mehr.

25 Die Privatisierung öffentlicher Leistungen galt CDU wie SPD lange als der goldene
26 Weg, weil sie in einer Zeit der Haushaltszwänge den Anschein erweckte, die Privaten
27 könnten es besser und sie spare Geld.

28 Die permanente Verschiebung öffentlicher Aufgaben in den Privatsektor erfolgte,
29 ohne dass die Allgemeinheit irgendeinen erkennbaren Vorteil daraus ziehen konnte,
30 aber letztlich die demokratische Kontrolle verlor und immense Kosten für die Steuer-
31 zahler entstanden. Die Privatisierung der Unikliniken Marburg und Gießen legen
32 darüber Zeugnis ab.

34 Aber auch dort, wo der Staat seine Gesellschaften, vor allem Krankenhäuser und
35 Stadtwerke nicht privatisiert, aber dem Wettbewerb des Marktes unterwirft und so
36 zwangsläufig zu den Methoden der Privaten greift, stellen sich alle negativen Folgen
37 für die Bevölkerung ein. Mit der Kommerzialisierung sinken die Leistungen, Ge-
38 bühren steigen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten werden ver-
39 schlechert. Um diesen Entwicklungen zu begegnen ist mehr demokratische Kontrolle
40 notwendig. Mitglieder in Aufsichtsräten von kommunalen Beteiligungen sind der
41 Kontrolle der Kommunalparlamente zu unterstellen.

43 Mit der Finanzkrise der Kommunen steigt der Druck, öffentliche Einrichtungen ver-
44 rotten zu lassen, sie zu schließen oder zu verkaufen wieder enorm an, weil den ver-
45 schuldeten Städten und Gemeinden untersagt wird, Kredite für notwendige In-
46 vestitionen aufzunehmen.

47 Eine soziale und demokratische Kommunalpolitik muss solche Entwicklungen
48 stoppen, Gemeinschaftsaufgaben in öffentlicher Hand organisieren und durchsetzen,
49 dass im Interesse der Bürgerinnen und Bürger notwendige Investitionen vor-
50 genommen werden. Statt weiterer Privatisierung sind notwendige Schritte der Re-
51 kommunalisierung von Betrieben in Angriff zu nehmen.

1 Bürgerengagement mit Bürgerbeteiligung verbinden Zunehmend organisieren viele
2 Bürgerinnen und Bürger ihre kommunalen Angelegenheiten ehrenamtlich selber.
3 Dieses beachtliche und unterstützenswerte bürgerschaftliche Engagement verkehrt
4 sich in sein Gegenteil, wenn kommunale Vertreter die Gelegenheit dafür miss-
5 brauchen, öffentliche Aufgaben auf die Schultern der Ehrenamtlichen abzuwälzen.
6 Das bürgerschaftliche Engagement verfehlt völlig seinen Zweck, wenn den be-
7 teiligten Menschen gleichzeitig jede Mitbestimmung bei den sie betreffenden
8 kommunalen Entscheidungen verweigert wird.

9

10 **Kommunale Sozialpolitik**

11 Nicht nur in den städtischen Metropolen finden sich soziale Brennpunkte mit Drogen-
12 und Alkoholsucht, Obdachlosigkeit, privater Überschuldung und massiver Jugend-
13 gewalt. Auch die ländlichen Regionen bilden schon länger nicht mehr eine heile Welt
14 an die so mancher CDU oder SPD-Kommunalpolitiker nur allzu gerne noch glaubt.

15 Die soziale Spaltung in Reiche und Arme, zunehmende soziale Ungerechtigkeiten,
16 durch die Politik der Bundesregierung und die vielen sozialen Problemebenen,
17 können nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden. Aber soziale
18 Kommunalpolitik muss die zuständigen Verwaltungen finanziell und personell
19 stärken, die sozial engagierten Wohlfahrtsverbände und Vereine stärker unter-
20 stützen, statt fortwährend vermeintlich ?freiwillige? Leistungen für die Einrichtungen
21 zu kürzen.

22 In den Gebührensatzungen muss es zukünftig möglich sein, soziale Aspekte umfäng-
23 lich zu berücksichtigen.

24 Kommunale Sozialpolitik kann konkret die Situation der wirtschaftlich Schwachen
25 und Ausgegrenzten verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen
26 Leben ermöglichen, z. B. durch die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen
27 und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen
28 (von den Kindergärten über Büchereien, Bäder, Museen bis zur kostenlosen Be-
29 nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel) gewährt, durch präventive medizinische und
30 soziale Betreuung und Versorgung, durch mehr Jugendsozialarbeit und bessere
31 Jugend- und Sozialeinrichtungen; durch Sicherstellung eines angemessenen Wohn-
32 raums, insbesondere durch Erhaltung und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und
33 des öffentlichen Wohnungsbestandes und beispielsweise zusätzliche Hilfen aus be-
34 sonderen Anlässen, z.B. Weihnachtsbeihilfen für finanziell schwache Familien.

35

36 **Kommunale Demokratie entwickeln**

37 Die Möglichkeiten der Hessischen Gemeindeordnung für Bürgerbegehren und
38 Bürgerentscheide sind völlig unzureichend. Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und
39 Einwohneranträge ermöglichen es den Bürgern, auf kommunaler Ebene mitzu-
40 bestimmen. Bürgerversammlungen, auch auf Kreisebene sind wichtige Foren zur
41 demokratischen Meinungsbildung. Die Verabschiedung von kommunalen
42 Informationsfreiheitssatzungen schafft die notwendige Transparenz der Ver-
43 waltungen, damit Bürgerinnen und Bürger über ihre Kommune gut informiert sind.

44 Die verstärkte Einführung von Bürgerhaushalten ist ein Instrument, damit die Bürger
45 direkt Einfluss auf die Entwicklung ihrer Kommune nehmen können, wiewohl
46 manchem Bürgermeister vorschwebt, mit den Bürgerhaushalten die Bürger für die
47 Umsetzung der Sparzwänge mitverantwortlich zu machen.

48 Die kommunalen Beiräte und zu schaffende Vertretungen der Jugendlichen müssen
49 in Zukunft mehr Möglichkeiten der kommunalen Mitbestimmung erhalten.

50 Viele Migranten und insbesondere Migrantinnen von der Teilhabe am gesellschaft-
51 lichen Leben ausgeschlossen. Sie müssen in die kommunalen Entscheidungs-

1 prozesse einbezogen werden einschließlich des kommunalen Wahlrecht für alle
2 dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen. Das Demokratieprinzip gebietet,
3 dass Menschen, die gemeinsam in einer Gemeinde leben, auch gemeinsam die
4 kommunalen Entscheidungen treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen.

6 **Kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik - sozial und ökologisch gestalten**

8 Öffentliche Verwaltungen und Betriebe haben als gesellschaftliche Vorbilder tarifliche, soziale und umweltschonende Standards einzuhalten. Das heißt beispielsweise
9 Ausschluss von Lohndumping durch Leiharbeit und 1?-Jobs, das heißt auch
10 klima- und umweltschonende Produktion und entsprechender Energiebezug.

12 Im Gegensatz dazu wird aber immer häufiger versucht, auch in öffentlichen Gesellschaften auf dem Rücken der Beschäftigten mit den Privaten ?mitzuhalten? und
13 finanzielle Mittel für die maroden kommunalen Haushalte zu erwirtschaften.

15 Die öffentliche Hand muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur die
16 ?heimische Wirtschaft stärken? sondern auch die Verantwortung übernehmen, dass
17 Unternehmen berücksichtigt werden, die tarifliche Vereinbarungen anwenden, berufliche
18 Ausbildung anbieten und umweltschonende Standards einhalten.

19 **Kommunale Bildungs- und Kulturpolitik ausbauen**

21 Der zügige Ausbau der Kindertageseinrichtungen mit kostenlosen Krippenplätzen
22 und kostenlosen Kindergärten, in denen eine qualifizierte Förderung durch ausreichendes
23 pädagogisches Fachpersonal für alle Altersgruppen gewährleistet ist, ist eine wichtige Aufgabe für eine auf
24 Chancengleichheit beruhende Entwicklung. Die Verbesserung der Rahmen- und Arbeitsbedingungen in den
25 Kindertagesstätten (Personalschlüssel, Qualifizierung, keine befristeten Arbeitsverhältnisse) ist eine
26 notwendige Voraussetzung dafür.

28 DIE LINKE für jeden Schritt einsetzen, der das mehrgliedrige Schulsystem durch
29 integrative Gemeinschaftsschulen ersetzt. Wir fordern Ganztagschulen mit fachlich ausgebildetem
30 Personal, das zu einer individuellen Förderung der Kinder in der Lage ist. Dazu gehört auch eine entsprechende
31 räumliche und sachliche Ausstattung der Schulen. Kostenloses in öffentlichen Küchen gekochtes
32 gesundes Essen muss zum Standard jeder Schule gehören.

34 Die Wahrnehmung kultureller Angebote beispielsweise der Stadtbüchereien, Musikschulen und von
35 Veranstaltungen sind kein Luxus für begüterte Bürger. Kulturelle Angebote gehören grundlegend zur
36 Lebensentfaltung aller und deshalb müssen Städte und Gemeinden die kulturelle Arbeit weiterhin fördern,
37 anstatt sich aus der Arbeit zurückzuziehen, weil es sich angeblich um ?freiwillige? Leistungen handeln
38 würde.

41 **Gesundheit für alle und wohnortnah**

42 Es ist ein Grundrecht für jeden Menschen, den bestmöglichen Gesundheitszustand zu erlangen.
43 Besonders in ländlichen Regionen ist die Gesundheitsversorgung durch die Folgen der Gesundheitspolitik
44 der letzten Jahrzehnte akut bedroht. Ärzte finden für ihre Praxen keine Nachfolger, kommunale
45 Krankenhäuser suchen händeringend nach medizinischem Personal. Es herrscht bereits medizinische
46 Unterversorgung.

47 In dieser Situation drohen die betroffenen Regionen zu Opfern großer Konzerne im Gesundheitssektor
48 zu werden, die darauf warten, weitere kommunale Krankenhäuser aufzukaufen und die ambulante
49 ärztliche Versorgung durch ihre Medizinischen Versorgungszentren zu übernehmen.

1 Leitragende wären wieder die Patienten und Beschäftigte in den Gesundheitsein-
2 richtungen.

3 LINKE Kommunalpolitiker werden sich dafür einsetzen, dass sich ihre Regionen
4 nachdrücklich Gehör verschaffen um eine wohnortnahe medizinische Versorgung zu
5 sichern. Rückgrat einer solchen medizinischen Versorgung sind öffentlich-
6 kommunale Krankenhäuser, die ausreichend aus öffentlichen Mitteln finanziert
7 werden, damit Medizin nicht zu einer Ware degradiert wird.

9 **Klima schützen, Energie sparen - Energieversorgung in eigener Hand**

10 Die Bürgerinnen und Bürger brauchen keine großen Energiekonzerne, die Atom-
11 kraftwerke und fossile Großkraftwerke betreiben. Viele Kommunen können ihre
12 Strom- und Gasversorgung aus erneuerbaren Energien, Energiegewinnung im Zu-
13 sammenhang mit der Abfallbehandlung und ihre Wasserversorgung lokal selbst
14 organisieren und sich so von den großen Energiemonopolisten unabhängig machen.
15 Nach und nach übernehmen Kommunen auch wieder die Stromnetze in ihren Besitz
16 und können so lokal die politischen Weichen für eine regional-nachhaltige Energie-
17 politik legen.

19 **Soziale und ökologische Nahverkehrspolitik**

20 DIE LINKE fordert einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus öko-
21 logischen und sozialen Gründen. Dem öffentlichen Personennahverkehr ist Vorrang
22 vor dem Individualverkehr einzuräumen.

23 Die Preisgestaltung muss sozialen Kriterien Rechnung tragen.

24 Insbesondere ärmere Menschen sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, wenn im länd-
25 lichen Bereich öffentliche Nahverkehrssysteme nur unzureichend vorhanden oder die
26 Fahrpreise insgesamt zu teuer sind.

27 DIE LINKE strebt deshalb einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr an.

28 Schon jetzt soll die Schülerbeförderung kostenfrei angeboten werden.

30 **Kampf gegen Faschismus und Rassismus**

31 Antisemitismus, antimuslimische Hetze und alle anderen Formen des Rassismus
32 richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller. Sie verletzen die Würde
33 der betroffenen Menschen.

34 Die Religionsgemeinschaften haben das Grundrecht der freien Religionsausübung
35 im Rahmen der allgemeinen Gesetze. Dies gilt es entschieden zu verteidigen.

37 Vor allem im mittelhessischen Raum gibt es immer noch massive Probleme mit
38 rechtsextremistischen Gruppen. Deren lokale Aktivitäten dürfen nicht verharmlost
39 werden. Es ist Aufgabe einer engagierten Kommunalpolitik den Rechtsextremisten
40 ihre Entwicklungsmöglichkeiten zu nehmen.

42 **Begründung**

43 Die LAG Forum demokratischer Sozialismus (fds) Hessen tritt für mehr Rechte der
44 Kommunen und Landkreise innerhalb der kommunalen Selbstverwaltung ein.

45 Der Rest der Begründung ergibt sich aus dem Antragstext selbst.